

In dieser Ausgabe

Bonn Piccobello 4

Leserbriefe 8

Termine 11



Warum Unternehmen über unsere Hochschule entscheiden dürfen.

Die schwarz gelbe Landesregierung brachte uns damals viele Überraschungen. Vor allem im Schul- und Hochschulwesen wurde man Zeuge einer Vielzahl von Veränderungen: Das Zentralabitur, die Abschaffung der Drittelparität, die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf zwölf Jahren sowie die Einführung von Studiengebühren und Hochschulräten, um nur einige Beispiele zu nennen. Gerade im Hochschulwesen ist dabei besonders viel schief gelaufen. Viele Fehler von Schwarz-Gelb hat die neue Landesregierung bereits modifiziert, aber einen eklatanten Punkt außer Acht gelassen: Die Hochschulräte.

Seit 2007 sind Hochschulräte im nordrhein-westfälischen "Hochschulfreiheitsgestz" normiert. Die Aufgaben des Hochschulrates liegen nach § 21 des Hochschulgesetzes insbesondere in der Wahl der Mitglieder des Rektorats, der Zustimmung zum Hochschulentwicklungsplan, zum Entwurf der Zielvereinbarung sowie zum Wirtschaftsplan, der Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht des Rektorats und zu den Evaluationsberichten, Stellungnahmen in Angelegenheiten der Forschung, Kunst, Lehre und des Studiums, die die gesamte Hochschule oder zentrale Einrichtungen betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind und der Entlastung des Rektorats. Zusammenfassend hat der Hochschulrat nach momentaner Rechtslage demnach eine zentrale Position in der Weichenstellung unserer Universität inne. Entsprechend wichtig ist damit die Zusammensetzung des Hochschulrates.

Doch genau dort liegt das Problem. Die Mitglieder*innen des Hochschulrates sind oftmals universitätsfremd und häufig Vertreter*innen von Unternehmen, denen Hochschulen bestenfalls noch aus der eigenen Studierendenzeit bekannt sind. Ein Beispiel: Hochschulratsmitglied unserer Universität ist die Strategieberaterin der Deutschen Post DHL. In ihrem Fachgebiet ist sie sicherlich kompetent. In Hochschulangelegenheiten vermag ich das allerdings zu bezweifeln, zumal die Deutsche Post und eine Universität dann

In Bonn studierte auch...

... der Politiker, Revolutionär, General, Historiker und Staatsmann Carl Schurz.

Seite 2

Das Streaming-Experiment

Not macht erfinderisch. Aus Platzmangel werden Vorlesungen in der Informatik nun in andere Räume live übertragen.

Seite 5

Doch nicht steuerlich absetzbar

Deutscher Bundestag hebelt Beschluss des Bundesfinanzhofs aus, nach dem die Kosten des Erststudiums als Werbungskosten von der Steuer hätten abgesetzt werden können.

Seite 7

Flashmob im Hauptgebäude

Ein Bericht zum Reformationstag.

Seite 9



doch nicht allzu viel gemeinsam haben. Die Einbeziehung von Unternehmen in universitäre Angelegenheiten kann schnell von objektiver hin zu subjektiver Interessenwahrung Einzelner führen. Diese Tendenzen haben schließlich eine eklatante Ökonomisierung der Hochschullandschaft zur Folge, die bei einer Unternehmensbeteiligung nicht allzu abwegig erscheinen.

Momentan haben wir hier in Bonn (noch) die komfortable Situation, dass die Hochschulräte hauptsächlich von der Uni selber kommen. Die meisten Mitglieder*innen des Hochschulrates stellt zurzeit die Gruppe der Bonner Professor*innen. Der universitätsinterne Einfluss ist damit momentan noch relativ groß. Doch dass dies nicht immer so bleiben muss zeigen uns einige Hochschulen in NRW. 2008 beispielsweise erlebte die Uni Siegen zu welch fatalen Schwierigkeiten der Unternehmereinfluss in Hochschulräten führen kann.

Der damalige Hochschulrat wählte Jörg Steinbach (zuvor Vizepräsident der TU Berlin) zum neuen Rektor, fünf Tage später setzte der Senat sein Veto ein. Hintergrund des Vetos war die Bewerbung Steinbachs an der Uni Siegen für die Stelle des Rektors. Der Unternehmer Axel Barten hatte ihn zuvor gefragt, ob er an diesem Posten Interesse hätte. Barten selbst war zu jener Zeit der Vorsitzende des

Hochschulrats und zufällig ein Bekannter von Steinbach. Sie saßen zusammen im Vorstand einer Akkreditierungsagentur für neue Studiengänge. Ihnen eine "Mankennt-sich-man-hilft-sich-Mentalität" zu unterstellen, liegt dabei nicht allzu fern.

Sowohl von Seiten der Studierendenschaft als auch aus dem Senat gab es heftige Proteste wegen Steinbach. Der Hochschulrat hätte den Senat zwar mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmen können, doch verzichtete der Hochschulrat aufgrund der heftigen Proteste auf diese Option, sodass der Posten des Rektors schließlich von jemandem anderen besetzt wurde. Deutlich wurde jedoch eines: Der Hochschulrat besitzt eine viel zu hohe Machtkompetenz. So hätte dieser Steinbach einfach, ohne Rückkoppelung mit der Studierendenschaft, einsetzen können um damit politische oder wirtschaftliche Partikularinteressen ohne weiteres durchzusetzen.

Die Gefahr von Hochschulräten liegt in der Möglichkeit Unternehmen (noch mehr) Einfluss in die Hochschulen zu gewähren wie das Siegener Beispiel uns verdeutlicht hat. In einer unserer Gesellschaft müsste die Tatsache einer demokratisierten Hochschule eine Selbstverständlichkeit darstellen. Doch Hochschulräte scheinen vielmehr die Grenzen dieses so wichtigen demokratischen Prozesses zu verwischen. Im Umkehrschluss unter-

streicht dies die Unentbehrlichkeit der Möglichkeit aller Mitarbeiter*innen und Studierenden der Universität Bonn Einfluss auf die Zusammensetzung aller Entscheidungsgremien zu nehmen.

Die Fraktion "Die Linke" hat im Juli diesen Jahres einen Antrag für ein Gesetz zur Abschaffung der Hochschulräte an nordrhein-westfälischen Hochschulen in den Landtag eingebracht. Die Aufgaben des wegfallenden Hochschulrates sollen, so der Antrag, zukünftig wieder in den Zuständigkeitsbereich des Senates fallen. Diese Lösung ist sicherlich nicht das non plus Ultra und lässt auch in der Argumentationsweise ein wenig zu wünschen übrig. Auch sind die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Studierenden im Senat, aufgrund ihrer Unterrepräsentation, nicht sonderlich gewahrt. Eine enorme Verbesserung gegenüber dem Status quo würde es sicherlich bedeuten. Denn vielleicht erkennt durch den Antrag dann auch die rot grüne Landesregierung, dass einige Verbesserungen, der unter Schwarz kontinuierlich ausgearbeiteten (Hoch-)Schulmisere und stetigen Entdemokratisierung von Bildung, noch auf sich warten lassen. Der Demokratisierung unserer Gesellschaft stünde dies sicherlich nicht entgegen.

> Katinka Kraus Bild: dierk schaefer auf flickr

In Bonn studierte auch...

Carl Schurz

Carl Schurz, der später einmal einer der bekanntesten und populärsten deutschstämmigen Republikaner Amerikas werden sollte, wurde am 2. März 1829 als Sohn eines Lehrers geboren. Seine Schulzeit verbrachte er in Liblar, Brühl und Köln, musste sie aber aufgrund finanzieller Probleme vorzeitig abbrechen und zog nach Bonn, wo er im Juli 1847 als Externer doch die Reifeprüfung bestand und damit zum Studium der Philologie und der Geschichte zugelassen wurde. Hier schloss er sich der Burschenschaft Frankonia an. Damals konnten Burschenschaften noch nicht als die reaktionären Seilschaften gelten, die sie heute sind1, sondern taten sich durch besonders freiheitliche und demokratische Gesinnung hervor, auch wenn ihnen schon damals der Charakter eines Männerbundes anhaftete. Im Wintersemester 1847 besuchte Schurz Vorlesungen Gottfried Kinkels über Literatur und Kunstgeschichte sowie dessen privat angebotene Rhetorikseminare. Bald lud der als ausgezeichneter Redner bekannte Kinkel den begabten Schüler zu sich nach Hause ein und die beiden freundeten sich an. Bei den Versammlungen im Haus Kinkels herrschte ein liberaler Geist, der durch die vom neu einberufenen preußischen Landtag geweckten Hoffnungen bestärkt wurde.

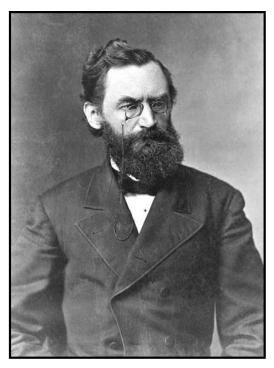
Als im Frankreich des Jahres 1848 die Februarrevolution ausbrach, wurde diese von den Bonner Studenten begeistert begrüßt. In seinen später verfassten Lebenserinnerungen schildert Schurz die damalige Stimmung: "Wir sprangen die Treppe hinunter, auf die Straße. Wohin nun? Nach dem Marktplatz. [...] Aber es war nun erst Vormittag, die regelmäßige Versammlungsstunde noch nicht gekommen. Nichtsdestoweniger wimmelte der Markt von Studenten, alle, wie es schien, von demselben Instinkt getrieben. [...] Was wollte man? Das wußte wohl niemand? Aber da nun die Franzosen den Louis Philipp fortgejagt und die Republik proklamiert hatten, so mußte doch auch gewiß hier etwas geschehen." Doch zunächst geschah wenig, was über diese spontanen Versammlungen hinaus ging. Anders als in Köln, wo es unter kommunistischem Einfluss schnell zu einer

Massenversammlung kam, die weitreichende Forderungen aufstellte, wurde in Bonn lediglich eine Bürgerwehr gegründet, die für eine ruhige Übergangszeit sorgen sollte und der sich auch zahlreiche Studenten, darunter Schurz, anschlossen. Am 18. März kam es dann auch hier zu einer größeren Versammlung, bei der Kinkel eine schwarzrot-goldene Fahne vorantrug und von der Rathaustreppe eine viel bejubelte Rede für die deutsche Einheit, bürgerliche Freiheiten und Rechte des Volkes hielt. Schnell radikalisierten sich die Ansichten Kinkels und Schurz', die zunächst für eine konstitutionelle Monarchie eingetreten waren; sie gründeten einen Verein, der sich für die demokratische Republik einsetzte, und als Vereinsblatt die täglich erscheinende Bonner Zeitung.

Doch nach den ersten Erfolgen der demokratischen und liberalen Bewegung erstarkte die Reaktion und beschnitt die gerade gewährten Rechte der gewählten Parlamente, die sich nur halbherzig zu einem echten Bruch mit der alten Ordnung durchringen konnten und auf eine freundliche Vereinbarung mit den Fürsten über die zukünftige Ordnung hofften. Als das preußische Parlament auf Weisung des Königs Friedrich Wilhelm IV. nach Brandenburg verlegt wurde, wo es nicht mehr durch die demokratisch gesinnte Berliner Bevölkerung vor seiner Willkür geschützt werden konnte und der Teil des Parlaments, der sich dem verweigerte, zur Verteidigung der gewählten Regierung zur Steuerverweigerung aufrief, wurde diese in Bonn durch Schurz und Kinkel organisiert. Um die Eintreibung der Schlacht- und Mahlsteuer zu verhindern, versuchten die demokratisch gesinnten Studenten, die Steuereintreiber an den Stadttoren zu vertreiben, was ihnen kurzzeitig auch gelang. Doch schon am nächsten Tag rückten preußische Truppen in die Stadt ein und setzten eine erneute Steuerzahlung durch.

Die Revolution neigte sich bald ihrem erfolglosen Ende zu. Nachdem die Nationalversammlung in Frankfurt eine Verfassung für ganz Deutschland ausgearbeitet und dem preußischen König im April 1849 die Kaiserkrone angetragen hatte, lehnte dieser ab. Als letztes Aufbäumen rief das geschwächte Parlament zur Reichsverfassungskampagne auf, in der die demokratische Ordnung mithilfe bewaffneter Truppen durchgesetzt werden sollte. In Baden, der bayrischen Pfalz und Elberfeld kam es zur Sammlung revolutionärer Truppen, gegen die die Fürsten ihre Truppen entsandten.

Friedrich Wilhelm IV., der die Kaiserkrone abgelehnt hatte, entbot seinen fürstlichen Kollegen zur Niederschlagung militärische Unterstützung. Um die Truppen in Elberfeld zu unterstützen, entschlossen sich die Bonner Demokraten dazu, das Siegburger Zeughaus zu stürmen und sich so Waffen zu beschaffen - ein Unterfangen, das schon auf dem Weg dorthin von berittenen Einheiten unterbunden wurde. Danach reiste Schurz nach Baden, um dort mit den revolutionären Truppen die Festung Rastatt zu verteidigen. Doch auch hier waren die Revolutionäre erfolglos, die Festung fiel am 23. Juli 1849 nach dreiwöchiger Belagerung. Schurz gelang die Flucht durch die Kanalisation, er setzte sich nach Frankreich ab. Doch wurde Kinkel verhaftet und in Berlin inhaftiert. Auf Bitten von dessen Frau organisierte Schurz mithilfe eines falschen



Passes und bestochener Gefängniswärter im November 1850 seine spektakuläre Befreiung, die Schurz europaweit bekannt macht. Beide setzten sich nach London ab und versuchten eine Reorganisation der hier versammelten Exilanten.

Da er keine Aussicht auf eine Demokratisierung Deutschlands mehr sah, entschloss sich Schurz 1852 wie viele Gesinnungsgenossen zur Auswanderung nach Amerika. Zunächst lebte er hier von der Landwirtschaft, später wurde er Anwalt. Er engagierte sich aber auch weiter politisch. Gerade war von überzeugten Gegnern der Sklaverei die Republikanische Partei begründet worden, der er sich anschloss. Weil er unter den zahlreichen Deutschamerikanern viele Anschlossichen von der Verteile von der Verteile

hänger hatte und diese erfolgreich zur Wahl Abraham Lincolns mobilisieren konnte, machte ihn dieser 1861 zum Gesandten am spanischen Hof. Schon 1862 kehrt er aber wieder nach Amerika zurück, um im Bürgerkrieg wie viele deutschstämmige "Forty-Eighters" als Freiwilliger auf der Seite der Union zu kämpfen. Schnell stieg Schurz zum Generalmajor auf, seine Einheit galt jedoch bald als wenig ruhmreich und so endete seine Militärkarriere mit dem Ende des Krieges. 1869 wurde Schurz als erster Deutschstämmiger in den US-Senat gewählt, hier tat er sich als Kämpfer gegen die unter Präsident Ulysses S. Grant grassierende Korruption hervor. 1871 wurde Schurz vom neuen Präsidenten Rutherford B. Hayes zum Minister des Inneren ernannt und war damit mit der Verwaltung und dem Schutz alles bundeseigenen Landes

betraut. Er konnte verhindern, dass die Indianerfrage zum Ressort des Kriegsministeriums gemacht wurde und sorgte so dafür, dass sie eine zivile Angelegenheit blieb. Nachdem er schließlich ab 1881 kein politisches Amt mehr bekleidete, war er als Geschäftsmann und Journalist tätig. Dennoch mischte er sich in politische Angelegenheiten ein und war beispielsweise Mitbegründer der American Anti-Imperialist League, die sich gegen den Spanisch-Amerikanischen Krieg und den Philippinisch-Amerikanischen Krieg einsetzte. 1906 verstarb Carl Schurz.

Als deutschamerikanischen Freiheitskämpfer hielt die amerikanische Besatzungsmacht Schurz nach dem Sieg über Nazi-Deutschland für eine geeignete demokratische Symbolfigur für den Aufbau einer Demokratie und der deutschamerikanischen Partnerschaft. Deswegen sind zahlreiche Straßen und Einrichtungen nicht nur in den USA, sondern auch in

Deutschland nach ihm benannt, unter anderem gibt es in Bonn zwei nach ihm benannte Schulen und ein Studentenwohnheim an der Ecke Kaiserstraße/Nassestraße, das seinen Namen trägt und dessen Bau aus öffentlichen Mitteln der Vereinigten Staaten gefördert wurde.

Markus Dierson

[1] Über die Kritik des Verbindungswesen ist unlängst ein Reader des Referats für Politische Bildung des AStA erschienen, der sich zur weiteren Information eignet. Dieser ist im AStA kostenlos erhältlich oder unter http://www.asta-bonn.de/w/images/3/3c/DerVerbindung-Untertan_fertig.pdf online abrufbar

⊿ AStA

Bonn Picobello

Das Ökoreferat war dabei!

Eigentlich könnte man sich Besseres vorstellen, als an einem Samstagmorgen bewaffnet mit Müllsäcken und Handschuhen im strömenden Regen am Poppelsdorfer Schloss zu stehen. Aber die Stadt Bonn hatte den 8. Oktober zu einem Aufräumtag auserkoren. Unter dem Motto 'Bonn – Picobello!' waren alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, die Stadt von Altlasten zu befreien und ihr Umfeld etwas lebenswerter zu machen. Dieser Verantwortung wollten wir uns als Studierende nicht entziehen. Also hat das Ökoreferat kurzerhand

eine eigene Gruppe angemeldet und alle zum Helfen eingeladen. Thematisch anschließend an unsere Besichtigung der Müllverwertungsanlage im Juli, sollten wir nun selbst aktiv werden. Acht Studierende sind dem Aufruf gefolgt und trafen sich um 11 Uhr vor dem Poppelsdorfer Schloss, um dem Wetter zu trotzen. Rund ums Schloss und die umliegenden Institute - ein von Studierenden dominiertes Gebiet - haben wir wieder Klarschiff gemacht. Es ist schon erstaunlich, was sich alles so ansammelt: Von Standards wie Kronkor-

ken und weggeworfenen Kippen, bis zu Strafzetteln und Studierendenausweisen; auch ein einzelner High Heel gehört zu den Errungenschaften des Aufräumtrupps. Wer den wohl vermisst? Letztlich sind dann doch ein paar Säcke mit allerlei Müll zusammengekommen. Es ist schon traurig zu sehen, dass vielen scheinbar nichts an ihrer Umwelt liegt und sie zu faul sind, die 10 Meter zum nächsten Mülleimer zu gehen. Hoffen wir, dass uns das nun saubere Poppelsdorf noch lange erhalten bleibt. Lasst uns alle dazu beitragen!

Referat für Ökologie



Impressum

Redaktion:
Ronny Bittner , Markus Dierson,
Abeer Elyassier, Fabio Freiberg,
Sabrina Hambloch, Markus Hambloch,
Lina Jackel, Katja Kemnitz,
Katinka Kraus, Cornelius Pees,
Sven Zemanek

V.i.S.d.P.: Jakob Horneber Kontakt: basta@uni-bonn.de AStA der Universität Bonn

Druck:

Brückner Offsetdruck, Bonn Auflage: 2.000 Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: **Di, 15.11.2011, 18 Uhr**

Das Streaming-Experiment

Auch die Informatik hat dieses Semester aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge in mehreren Bundesländern und des Entfalls der Wehrpflicht eine erhöhte Zahl an Neueinsteigern vorzuweisen. Da die beiden größten Vorlesungssäle in der Römerstraße jeweils Platz für ca. 180 Hörerinnen und Hörer bieten, zusammen mit Nebenfächlerinnen und Nebenfächlern und Schülerstudentinnen und Schülerstudenten jedoch bis zu 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Erstsemestervorlesungen zu erwarten waren, musste hierfür eine Lösung gefunden werden. Die Alternativen? Eine "Wer zu spät kommt, der hat den Dreck"-Haltung, doppeltes Halten der Vorlesung oder eben - Streaming. Die Verantwortlichen in der Informatik entschieden sich für Letzteres.

in HS II, alternativ kann er auch mit TeamViewer übertragen werden. Im HS II ist wiederum ein weiterer Dozent bzw. eine weitere Dozentin oder ein Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin des Dozenten bzw. der Dozentin anwesend, die mit Hilfe eines weiteren Funkmikrofons ein Feedback zu HS I ermöglichen, beispielsweise um Fragen stellen zu können.

Anfangs gab es noch technische Probleme, beispielsweise war der Dozent im HS II nur bruchstückhaft zu vernehmen oder die Verbindung brach vollständig zusammen. Seit der zweiten Woche treten diese Störungen jedoch nicht mehr auf, und das Streamingangebot wird (abhängig von der Vorlesung) mal von fünf, mal von 50 Studenten wahrgenommen.



Studenten in einer gestreamten Vorlesung, Dozent oben rechts im Bild. Foto: Sven Zemanek

So kommt es, dass der Großteil der Erstsemestervorlesungen im AVZ III nun live von Hörsaal I in den benachbarten Hörsaal II übertragen wird.

Eingesetzt wird dafür TeamViewer, eine Software, die es ermöglicht, den Bildschirminhalt des Dozenten oder der Dozentin und den per Webcam aufgenommenen Dozenten oder die Dozentin selbst auf dem Beamer in HS II wiederzugeben. Der Ton kommt dabei "over the air" über das Signal des Funkmikrofons in die Audioanlage

Die Erstsemestervorlesung "Logik und Diskrete Strukturen" hingegen wird nicht gestreamt, sondern es gibt jeweils eine Vormittags- und eine Nachmittagsvorlesung. Da der Vorlesungsinhalt nicht per Beamer, sonder per Tafel vermittelt wird, gestaltet sich eine qualitativ ausreichende Übertragung in den zweiten Hörsaal als recht schwierig, so dass hier zur Alternativlösung gegriffen wird.

Zwar stünden im Neubau des AVZ III weitaus größere Hörsäle (bis zu 750 Plätze!) zur Verfügung, aufgrund der Belastung des Gebäudes mit vermutlich krebserregenden polychlorierten Biphenylen (PCB) sind diese allerdings nicht mehr nutzbar. Die Streaminglösung wird also so lange weiter angeboten werden, bis die Plätze in einem Hörsaal wieder für alle Hörerinnen und Hörer ausreichen.

Aber eigentlich können wir in der Informatik mit der aktuellen Behelfslösung ganz zufrieden sein. Die Tonqualität ist gut, man sieht die gleiche Präsentation wie in HS I und sofern die Dozentin nicht allzu weite Ausflüge in die sie umgebenden Sphären unternimmt (will meinen links-, rechts-, vorund zurückwanken, so dass sich die Kamera ständig neu einstellen muss), hat man auch ein vertrautes Gesicht in der Bildschirmecke.

Stellt sich für einige Studentinnen und Studenten noch die Frage, warum man nicht gleich die Vorlesung ins Internet streamt, so dass die Studentin oder der Student sie sich von zu Hause aus ansehen kann und sich den langen beschwerlichen Weg in die Universität spart. Nun, Gerüchten zufolge haben manche Professoren Gründe dafür, ihre Vorlesungen nicht für jedermann zugänglich haben zu wollen. Außerdem wäre das mit der jetzigen Streaminglösung praktisch nicht zu realisieren.

Wäre das Streaming von Vorlesungen nun auch für andere Fachbereiche eine Option, wenn deren Hörsäle beginnen, der Heerscharen von wissbegierigen Studentinnen und Studenten nicht mehr Herr zu werden? Wie schon angedeutet, gelten zwei einfache Grundregeln: Je mehr der Beamer verwendet wird, desto günstiger, und je mehr die Tafel genutzt wird, desto schlechter für das Streaming. Außerdem muss noch die Technik mitspielen: Wenn keine passenden Übertragungsmöglichkeiten, sprich Verkabelung, für Bild und Ton sowie überhaupt ein passender zweiter Hörsaal vorhanden sind, erübrigt sich die Frage nach Streaming oder nicht von selbst.

Sven Zemanek

Protestwellen gehen um die Welt

Auf der ganzen Welt gehen Menschen gegen die ungerechten Zustände auf die Straße. Auch in Bonn regt sich Widerstand.

Es ist leider nichts Neues in unserer Gesellschaft, dass es immer mehr Menschen schlecht geht, während die wohlhabendere Schicht den größten Teil des Geldes beherrscht. In diesem Zusammenhang ist schnell vom Absterben des Mittelstands, der Unterschicht und der privilegierten, elitären Oberschicht die Rede. Wer in eine der Schichten hineingeboren wird, sollte auch in dieser bleiben. Oberschichtenkinder gehen auf teure Privatschulen, Unterschichtenkinder finden mit ihrem Abschluss

Ausbildungsplätze oder können im Studium aufgrund Zweit-Drittjobs kaum mit den anderen mithalten. So lautet die oftmals in allen Schattierungen ausgemalte Gesellschaftsdiagnose unserer Zeit. Die Politikverdrossenheit nimmt zu, da Politiker oftmals opportun auswechselbar erscheinen, lediglich am eigenen Machterhalt interessiert.

Zu Beginn des Jahres 2011 formierte sich in Spanien eine

soziale Bewegung, die sich selbst als überparteilich, nicht gewerkschaftlich, friedlich und vor allem nicht apolitisch bezeichnet: "¡Democracia Real YA!" (Echte Demokratie jetzt!) Sie gilt als Initiator der Proteste in Spanien vom Mai 2011. In Amerika, das sich bei seinen Auslandseinsätzen gern die "Überbringung von Freiheit und Demokratie" auf die wehenden Fahnen schreibt, wenn es einen Diktator zu stürzen gilt, hat sich ebenfalls eine Bewegung gegründet, die es sich zum Ziel setzt, gegen die eingangs beschriebene Ungerechtigkeit auf der Welt zu demonstrieren: "Occupy Together". Bekanntester und medienwirksamster Ableger ist die "Occupy Wall Street" Bewegung im New Yorker Stadtteil Manhattan, die seit dem 17. September den Zuccotti Park im Finanzviertel der Stadt mit Zelten belagert. Seitdem erhielten die gewaltfreien Demonstranten viel prominente Unterstützung. So bekannte sich beispielsweise die Hacker-Gruppe "Anonymous" recht früh zu der Bewegung.

Der bekannteste Slogan der Bewegung lautet "Wir sind die 99%", was darauf abzielt, dass der eigentliche Wohlstand nur von einem Prozent der Bevölkerung ausgeht. Unter den De-

SOUTHE SICK!

Foto: we make noise! auf flickr

monstranten befinden sich neben vielen finanziell ruinierten Mittelständlern, für die sich der American Dream als unerreichbares Märchen aus 1001 Nacht entpuppte, auch viele Studenten. Sie demonstrieren gegen die anhaltende Perspektivlosigkeit, die drückende Schuldenlast nach dem Studium und die zu niedrigen Investitionen in das Bildungssystem. In vielen Staaten der USA bildeten sich ähnliche Bewegungen, die Plätze besetzten und oftmals mit den Ordnungshütern in Konflikt geraten. Weltweit gibt es Demonstrationen in größeren Städten, wie beispielsweise Toronto, London, Berlin, Rom, Sao Paulo oder Brüssel.

In Bonn gab es mittlerweile drei

Demonstrationen der "Occupy"-Bewegung. Zu den Organisatoren der Demonstrationen in Deutschland gehört etwa das globalisierungskritische Netzwerk Attac. Es ist aber auch ein Sammelbecken für andere Gruppierungen: Demonstranten, die sich gegen die Kohlendioxid-Lagerung in unterirdischen Speichern oder für die Rettung des Regenwaldes aussprechen, haben sich den Protesten gegen das Finanzsystem angeschlossen.

Ebenfalls vertreten ist eine Bewe-

gung namens "Occupy Uni Bonn", das sich der Bewegung "Occupy Education" anschließt und auf ihrer Website unter anderem schreibt: "Die Politiker konnten einfach so 500 Milliarden Euro von unserem Steuergeld den Banken und Konzernen schenken, und sie geben jedes Jahr mehr als 30 Milliarden Euro (30.000 Millionen) für neue Waffen und Kriegsgerät aus. Bei unsere Bildung und Ausbildung sparen sie im-

mer weiter und wir müssen dafür mit unserer Zukunft, unserer Freizeit und mit immer mehr Stress bezahlen. Wir fordern mehr Geld für unsere Zukunft, für Bildung und Ausbildung, statt für Banken und Bomben!"

Wenn auch mit ähnlichen Zielen wie die "Occupy"-Bewegung wird deutlich, dass es sich hier um die Fortführung des bereits bekannten Bildungsstreiks handelt. Am 17. November plant die Bewegung unter dem Titel "ActionDay" ab 9 Uhr eine Besetzung des Kaiserplatzes in Bonn. Dabei fordern sie altbekannte Ziele: kleinere Klassen, mehr Lehrer, Recht auf Ausbildungsplätze, weniger Lernstreß, höhere Löhne für Azubis und weniger überfüllte Seminare.

Ronny Bittner

Kein Happy End für studentische Quittungssammler



Deutscher Bundestag hebelt Beschluss des Bundesfinanzhofs aus, nach dem die Kosten des Erststudiums als Werbungskosten von der Steuer hätten abgesetzt werden können.

Wie wir in der letzten BAStA-Ausgabe berichteten, beschloss der Bundesfinanzhof im August ein Urteil, nach dem die Kosten für ein Erststudium als Werbungskosten absetzbar sein sollten – auch rückwirkend. Wer bereits fleißig mit dem Sammeln von Quittungen und Belegen angefangen hat, der muss nun eine schlechte Nachricht verkraften: Der Deutsche Bundestag hebelte dieses Urteil am 27.10. aus und machte alle Hoffnung der Studenten, ihre Ausgaben von der Steuer absetzen zu können, zunichte.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP entschied das Parlament, dass die Ausgaben für die Erstausbildung auch künftig nicht als Werbungskosten anerkannt werden. In der Begründung dazu hieß es, dass das erste Studium und die erste Berufsausbildung "der privaten Lebensführung zuzuordnen" seien. Bereits am Vortag hatte der Finanzausschuss des Bundestags einen gleichlautenden Beschluss gefasst. Die nun beschlossene "Klarstellung der vom Gesetzgeber gewollten Rechtslage" soll, wie das zuvor vom Bundesfinanzhof überraschend gesprochene Urteil, rückwirkend ab 2004 gelten und erspart dem Bundeshaushalt empfindliche Steuereinbußen.

Experten des Finanzministeriums schätzten die entgangenen Einnahmen auf etwa eine Milliarde Euro, wenn die Entscheidung des Bundesfinanzhofs aus dem Sommer Bestand gehabt und Berufsanfänger bei ihrer ersten Steuererklärung frühere Ausbildungskosten hätten absetzen können. Rolf Dobischat, Präsident der Deutschen Studentenwerke bezeichnete die Entwicklung als "politisch so zu erwarten" Man hätte den Studenten auch gleich sagen können, "dass die steuerliche Absetzbarkeit von Studienkosten so rasch und in dem großen Umfang nicht kommen würde", so Dobischat.

Eine kleine, gute Nachricht gibt es dann doch noch: Studenten, die überdurchschnittlich viel verdinenen, können ihre Ausbildungskosten, etwa hohe Studiengebühren, wie bisher als Sonderausgaben absetzen, ab 2012 wird der Maximalbetrag dafür von 4000 auf 6000 Euro erhöht. Uwe Rauhöft vom Neuen Verband der Lohnsteuerhilfevereine (NVL) sieht diese Maßnahme jedoch als Mogelpackung: "Der Abzug als Sonderausgaben bringt nur Vorteile, wenn im selben Jahr auch Einkommen über dem Existenzminimum erzielt wird."

Swen Schulz, der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßte die Entscheidung der Koalition, den Steuerrabatt zu kassieren, damit sei Schwarz-Gelb "auf dem richtigen Weg": "Statt nachträglicher steuerlicher Vergünstigungen ist es viel wichtiger, die Menschen während Studium und Ausbildung bedarfsgerecht zu unterstützen", sagte Schulz. Bei der Abstimmung im Finanzausschuss hatte sich seine Partei genau wie Die Linke und die Grünen enthalten.

Es hagelte jedoch Kritik aus dem Lager der Grünen-Bundestagsfraktion, deren hochschulpolitischer Sprecher, Kai Gehring, die nun beschlossene Erhöhung der maximalen Sonderausgaben für Ausbildungskosten als "Klientelgeschenk" bezeichnete. Seiner Meinung nach helfe dies ausschließlich wenigen wohlhabenden Absolventen, die Privathochschulen mit extrahohen Studiengebühren besucht hätten.

Isabel Klocke vom Bund der Steuerzahler kritisiert die Entscheidung der Koalitionsfraktionen scharf: "Diese Hauruck-Aktion wird viele Studenten schwer verunsichern." Der Steuerzahlerbund werde das fertige Gesetz "sehr kritisch" prüfen und stehe wohl auch zur Unterstützung einer Musterklage dagegen zur Verfügung, sagt Klocke.

Dass es zu weiteren Klagen kommen wird, erwartet auch Stefan Grob vom Deutschen Studentenwerk. "Wir rechnen damit, dass die Sache bis vor das Bundesverfassungsgericht geht. Das kann Jahre dauern." Sein Rat bis dahin: Belege sammeln. "Vielleicht gibt es ja doch irgendwann eine positive Überraschung." Allerdings hofft Grob nicht allzu sehr darauf. Seine Befürchtung ist, dass der Finanzminister sich das Geld anderswo von den Studierenden zurückholen würde. "Da beißt sich die Katze in den Schwanz."

Es ist also nach wie vor nicht zu erwarten, dass das Erststudium in nächster Zeit von der Steuer abgesetzt werden kann. Wer jedoch weiterhin darauf hofft und fleißig Quittungen sammelt, der sollte einen langen Atem haben, vielleicht klappt es ja eines Tages doch noch.

Kindergeld

Keine Einkommensgrenzen für Studierende

Das Steuervereinfachungsgesetz wird zum 1. Januar in Kraft treten - mit einer relevanten Änderung für die Studierenden. Bisher mussten die Studierenden, so ihre Eltern Kindergeld für sie bezogen haben, ein bestimmte Einkommensgrenze beachten. Wurde diese auch um ein Cent überschritten, dann ist der Kindergeldanspruch der Eltern erloschen. Das Kindergeld wurde zurückgefordert. Das ändert sich nun erfreulicherweise: In den meisten Fällen erfolgt beim Kindergeld ab 1. Januar 2012 keine Anrechnung der Einkünfte mehr. Weitere Infos unter http://www.asta-bonn.de/Rechtsberatung

Felicitas F. Nacaroglu



Foto: teliko82 (flickr)

Liebe basta-Redaktion,

zunächst einmal möchte ich euch danken und grundsätzlich auch sehr beglückwünschen zu eurer Entscheidung, Homophobie etc. zu thematisieren - dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass ich selber schwuler Student der Bonner Uni bin (MA-Studium Geschichte).

Der Artikel "\$175 -Erbe aus Kaiserreich und NS-Zeit" von Günter von Schenck weist allerdings, wie ich meine, einige Mängel auf, die nicht unkommentiert bleiben sollten:

1. Z. B. erweckt der Artikel m. E. den Eindruck, Homosexualität sei vor Einführung des § 175 straffrei geblieben was ja mitnichten der Fall war. Vielmehr war die strafrechtliche Situation in den deutschen Einzelstaaten bis zur Begründung des Norddeutschen Bundes 1866 nicht einheitlich. In Staaten, in denen während der Napoleon-Zeit französisches Strafrecht gegolten hatte, wurde einvernehmliche Homosexualität unter Männern beispielsweise entweder nur milde oder sogar gar nicht bestraft (z. B. im Kgr. Bayern). Im Norddeutschen Bund wurde m. W. Homosexualität mit dem \$152 unter Strafe gestellt, der seinerseits zurückging auf den \$143 des preußischen Strafgesetzbuches. Und eben dieser § 152 wurde die Grundlage des §175 des Kaiserreiches.

2. Ich war sehr erfreut, ein Bild Magnus Hirschfelds abgedruckt zu sehen; im Artikel tauchen er und sein Wissenschaftlich-humanitäres Komitee (WhK) aber nicht auf - dem Leser wird so vorenthalten (und viele gerade der



"jüngeren" Homosexuellen wissen meiner Erfahrung nach auch nichts oder nur wenig davon), dass es schon in der Kaiserzeit zumindest den Versuch gegeben hat, den "Schwulenparagraphen" zu Fall zu bringen. Außerdem handelt es sich bei der abgedruckten Graphik um eine durchaus Hirschfeld feindliche Karikatur aus den "Lustigen Blättern" vom November 1907, bezogen auf den Moltke-Eulenburg-Harden-Skandal 1906/1907, der u. a. Homosexualität in den höchsten Gesellschaftskreisen des Kaiserreiches verhandelte und im Endergebnis die Emanzipationsarbeit des WhK nahezu vollständig zum Erliegen brachte - auch wenn vielleicht nur wenig Platz für diesen vom Grundansatz her sehr lobenswerten Artikel zur Geschichte des § 175 zur Verfügung stand, hätte man meiner Meinung nach diese Dinge besser recherchieren bzw. belegen/klarstellen können (müssen).

3. Wenn ihr euch schon mit Geschlechtergerechtigkeit, Homophobie

und der Geschichte von Strafrecht gegen Homosexuelle befassen wollt, solltet ihr auch thematisieren, warum Lesben nur selten oder sogar nie wegen ihrer gleichgeschlechtlichen Orientierung belangt wurden. Soweit ich da informiert bin, gab es in Europa nur in Österreich-Ungarn einen entsprechenden Paragraphen (ich bitte um Korrektur, falls ich da falsch liege), und im Zuge des o. g. Skandals wollte man auch im deutschen Reich den § 175 entsprechend erweitern, was nur durch den Ausbruch des 1. Weltkriegs verhindert wurde. Und sogar in der NS-Zeit wurden lesbische Frauen nicht (oder nur in ganz wenigen Fällen) wegen ihrer Homosexualität belangt - zumindest sind bis heute kaum Fälle dieser Art bekannt geworden.

Ich hoffe, meine Anmerkungen erscheinen euch nicht allzu besserwisserisch etc. - es war mir ein Bedürfnis, das o. g. loszuwerden.

M. Velke

Flashmob im Hauptgebäude...

...fast 500 Jahre selber denken; ein Grund zu feiern!

Es ist der 31. Oktober ziemlich genau 15.45 Uhr. Im Arkadenhof des Hauptgebäudes scheint alles normal. Bonner durchqueren den Hof zur Innenstadt, Studierende wechseln den Hörsaal, andere stehen draußen mit der Post-Vorlesungszigarette und ein grauer VW-Bus steht auf dem Hof... ein grauer VW-Bus? Merkwürdig fand das zunächst aber keiner, erst als aus dem VW-Bus via Gettoblaster Orchester und Chor Bachs Version von Luthers Reformationslied "Ein feste Burg ist unser Gott" in den Hof trällern drehen sich die ersten irritierten Köpfe. Doch es kommt noch

einen der bunten Flieger aufhebt, dem springt in fetten Lettern entgegen "RE-FORMATIONSTAG 2011". Richtig, da war doch was! Während dank "Galileo" alle wissen, dass das Wort "Halloween" eine abgewandelte Form des Vorabends von Allerheiligen ist, wird oft vergessen, dass am Vorabend von Allerheiligen nicht nur in Irland die bösen Geister vertrieben wurden, sondern, dass am Vorabend von Allerheiligen im Jahre 1517 ein gewisser Mönch Namens Martin Luther sich so sehr über Korruption und Geldmacherei seiner Kirche geärgert hat, dass er zu Ham-

wieder häufig an einem Tisch – leider nur noch nicht beim Abendmahl.

Die Reformation bringt den Protestanten eine deutsche Bibel, einen deutschen Gottesdienst und einen großen Bildungsimpuls der das Bürgertum stärkt und Grundlage für die Aufklärung ist. Der Geldmacherei mit Ablasshandel und Reliquien wird ein Ende gemacht und die Bibel wird Maßstab des Handelns, nicht der Papst.

Heute heißt das, es gibt sowohl Frauen als auch Schwule und Lesben im evangelischen Pfarramt, und wir reflektieren unser Handeln immer wieder anhand der Bibel und ihrer wissenschaftlichen Auslegung.

Auch wenn es vielleicht nicht so gruselt wie Halloween, fast 500 Jahre selber denken, ist auf jeden Fall ein Grund zu feiern! Das haben sich die evangelischen Studierenden gedacht als sie die Facebookgruppe zum Flashmob gegründet haben - auch wenn es beim Falten von 1517 Papierfliegern da vielleicht mal kurze Zweifel gab.

stud. theol. Steve Henkel



Foto: Martin Jürgens / theologiestudierende.de

besser, plötzlich segeln von allen Seiten bunte Papierflieger in den Hof, 1517 insgesamt. Kinder laufen lachend durch den Papierfliegerregen, Studierende aller Fakultäten bücken sich nach den bedrucken Fliegern, japanische Touristen filmen fleißig mit und Dozenten schauen sichtlich irritiert im Hof herum.

Was hat das alles zu bedeuten? Vielleicht Zahlenmystik? Ergibt 31.10. x 1517 vielleicht das Datum des Weltendes? Schließlich ist am 31.10. Halloween und da muss man mit allerlei rechnen!

Wie so oft liegt aber auch die Lösung hierzu nicht in den X-Akten, sondern im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße. Wer sich nämlich bückt und mer und Nagel griff um 95 Thesen zur Kirchenreform an die Wittenberger Schlosskirche zu nageln. Er hatte verstanden, Gott liebt mich, nicht mein Geld.

Was danach kam kennt man; Luther wird vor dem Kaiser verklagt, weigert sich zu widerrufen -die Worte "Ich stehe hier, ich kann nicht anders" gehen in die Geschichte ein- und so muss Luther fliehen und übersetzt im Versteck auf der Wartburg die Bibel ins Deutsche. Schließlich kommt es zur Kirchenspaltung und zur Spaltung Deutschlands in protestantische und katholische Fürstentümer. Heute ist die dunkle Zeit der Spaltung in vielem überwunden und Katholiken und Protestanten sitzen



Foto: Martin Jürgens / theologiestudierende.de

Kommentar

Ente Patente

und eine Pressemitteilung, die nur die Hälfte verrät

Oliver Brüstle ist traurig. Denn der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass "Erfindungen auf Grundlage embryonaler Stammzelllinien" nicht patentierbar sind. Oliver Brüstle ist der Leiter des Institute of Reconstructive Neurobiology der Uni Bonn und hatte 1999 ein Patent für ein Verfahren angemeldet, welches es erlauben soll, aus embryonalen Stammzellen menschliche Nervenzellen zu gewinnen, um damit vielleicht eines Tages Parkinson oder Alzheimer heilen zu können. Dieses Patent ist nun vom EuGH für ungültig erklärt worden, mit der Begründung, ein Patent diene explizit der kommerziellen oder industriellen Verwertung, die für einen menschlichen Körper "in allen Phasen seiner Entstehung und Entwicklung", sprich auch als embryonaler Haufen von Stammzellen, untersagt ist. Und damit auch für alles, was einen solchen Stammzellhaufen zur Grundlage hat.

Oliver Brüstle findet das nun gar nicht gut, in einer Pressemitteilung¹ der Uni Bonn spricht er gar davon, dass "die Früchte jahrelanger translationaler Forschung europäischer Wissenschaftler in einem Handstreich weggewischt" würden.

Aber warum?

Die vom EuGH festgestellte Nichtpatentierbarkeit von Erfindungen auf Grundlage embryonaler Stammzelllinien bedeutet schließlich nur, dass auf solche Erfindungen kein Patent angemeldet werden kann. Das schließt natürlich die ausschließliche Nutzung von Forschungsergebnissen durch einen Patentaten, beziehungsweise die Zahlung horrender Lizenzgebühren an denselben, aus. Und dies wiederum läuft finanziellen Interessen möglicher Sponsoren aus der Wirtschaft entgegen. Geht es Oliver Brüstle also letztendlich nur ums liebe Geld? In der Pressemitteilung wird er nicht müde, zu jammern, dass man in Europa jetzt nicht mehr an menschlichen Stammzellen forschen könne. Beziehungsweise, wie Rektor und Kanzler der Universität es formulierten, die europäische Forschung auf diesem Gebiet auf Grundlagenforschung festgelegt werde. Dass dies an der zu erwartenden fehlenden finanziellen Förderung der Forschung durch Unternehmen liegt, wird in der Pressemitteilung in keinem Wort erwähnt.

Und so lässt sie den Leser bzw die Leserin in Ratlosigkeit zurück: Wo liegt der Zusammenhang zwischen Verbot der Patentierung und Unmöglichkeit der Forschung? Denn, man kann es nicht oft genug wiederholen: Das Urteil verbietet ausschließlich das Patentieren von Erfindungen auf Grundlage embryonaler Stammzellen. Also eine Patentierung menschlichen Lebens. Nicht mehr, aber auch nicht weniger². Dass die Forschung an Themen, die mit embryonalen Stammzelllinien zusammen hängen, nun noch mehr erschwert ist, dafür ist nicht der EuGH verantwortlich, sondern die finanziellen Interessen der Wirtschaft. Und somit mag es sein, dass Oliver Brüstle Recht hat mit der Behauptung, die Entscheidung des EuGH sein eine Zäsur für die translationale Forschung in Europa.

Seine Begründung dafür ist aber nicht schlüssig und verschweigt dabei wohl die wahren Gründe.

Sven Zemanek

- [1] http://www3.uni-bonn.de/Pressemit-teilungen/286-2011
- [2] Mit einer Ausnahme: Hilft das Verfahren dem Embryo selbst, beispielsweise bei Missbildungen, so soll die Patentierung des selben zulässig sein, befand der EuGH.



Greenpeace-Aktion gegen Patentierung von Lebewesen vor dem Europäischen Patentamt (EPA); Foto: Thomas Einberger/argum für Greenpeace

Termine 11

Dienstag 08.11.

19:00 Uhr: Die neuen Leiden des jungen M.

Vortrag und Diskussion: Die maskulinistische Bewegung Referentin: Isolde Aigner (FH Düsseldorf). Wer oder was sind die Maskulinisten und welche Positionen vertreten sie? Sind Männer gesamtgesellschaftlich benachteiligt? Führen Gleichstellungsprogramme wie Gender Mainstreaming zu einer "Umerziehung" des "biologisch geprägten" männlichen Geschlechts? Antifeministischen Denkmuster sind keine Randerscheinung, sondern zunehmend Teil öffentlicher Diskurse um Geschlechterrollen. Unterstützt von der Rosa-Luxemburg Stiftung NRW.

Kult41, Hochstadenring 41

20:00 Uhr: Georg Elser - ein Terrorist?

Vortrag und Diskussion mit Matheus Hagedomy. Der Vortrag untersucht die Frage, ob der Hitlerattentäter Elser überhaupt in eine Typologie des Terroristen, Partisanen oder Guerillero integrierbar ist, unter welchen Bedingungen (politische) Gewalt nicht nur legitim, sondern geboten ist und warum praktische Vernunft spätestens seit dem deutschen Vernichtungskrieg mit dem Pazifismus unvereinbar geworden ist. Veranstalter: Referat für politische Bildung, Gruppe Georg Elser

Hörsaal 3, Uni-Hauptgebäude

Donnerstag, 10.11.

20:00 Uhr: Filmabend: Water (2005)

Kanadisches Filmdrama. Im Jahr 1938, beschreibt das Leben einer, als junges Mädchen verstoßenen, Witwe in einem Ashram im hinduistischen Indien. Regie: Deepa Mehta

Hörsaal III, Uni-HG

Montag, 14.11.

20:00 Uhr: Das Testament des Doktor Mabuse

Vorführung des antinazistischen Kriminalfilms von Fritz Lang aus dem Jahr 1933. Der Eintritt ist frei.

Hörsaal 17, Uni-Hauptgebäude

20.00 Uhr: "Studieren nur für den Job?" Ein Abend mit dem Rektor der Uni Bonn.

Was ist eigentlich Bildung? Was gehört dazu? Auf was kann man verzichten? Wie kann man Bildung aufs Leben, auf das Gemeinwohl und auf Kultur hin orientieren? Wir freuen uns, den Rektor der Uni Bonn, Prof. Fohrmann, dazu zu hören und mit ihm ins Gespräch zu kommen.

Kapitelsaal der KHG, Brüdergasse 8

Dienstag 15.11.

18:00 Uhr: Bewegen und verweilen: Die Nutzung des Mobiltelefons im öffentlichen Raum

Wie nur wenige technologische Revolutionen vor ihr hat die Internetrevolution unsere Welt verändert. Dies gilt sowohl für nationale als auch für globale Perspektiven. Nun ist das Internet auf dem Weg als Medium einen weiteren Schritt in der Entwicklung einer mediatisierten Lebenswelt zu gehen – es wird mobil, allgegenwärtig und auf vielfältigen Endgeräten nutzbar. In unserer Ringvorlesung wird aus bewusst interdisziplinärer Perspektive das Phänomen der mobilen Gesellschaft und mobilitätsbezogener Technologien von Expertinnen und Expertinnen aus der ganzen Welt thematisiert.

Hörsaal X, Hauptgebäude

20:30 Uhr: Kennenlernplenum der LUST

Die Liste undogmatischer Studentlnnen (LUST) versteht sich als Hochschulgruppe, die sich der Kritik der bestehenden gesellschaftlichen



Verhältnisse mit dem Ziel ihrer Aufhebung widmet. Sie erhebt den Anspruch, immer wieder auf das Potential einer solchen Aufhebung des Bestehenden hinzuweisen und die allgemeine Emanzipation der Individuen einzufordern. Sie versucht stetig ihre Kritik zu präzisieren und zu schärfen. Dies will sie insbesondere durch die Auseinandersetzung mit gesellschaftskritischer Theorie und der Diskussion aktueller Themen erreichen. Heute stellt sie sich interessierten Studierenden vor.

Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76

Mittwoch, 16.11.

18:00 Uhr: Macht des Geldes - Ohnmacht der Ethik? - Ulrich Wickert diskutiert mit Bonner Studierenden

In "Redet Geld, schweigt die Welt. Was uns Werte wert sein müssen" untersucht Wickert die aktuelle Finanzkrise und stellt wichtige Fragen nach Verantwortung und Lösungsmöglichkeiten. Seine wichtigste Botschaft lautet, dass ethische Prinzipien im Marktgeschehen keineswegs fehl am Platze sind. Vielmehr müssen Banker sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stärker bewusst werden und ihr Handeln entsprechend ausrichten. Ethische Prinzipien verhindern Profit nicht: "Wir müssen lernen, dass überall in der Welt, so auch in der Wirtschaft, nur diejenigen langfristig Erfolg haben, die ethische Werte kennen und ihr Handeln daran ausrichten", so der Autor.

Hörsaal 1, Hauptgebäude

20:00 Uhr: The Battle of Algiers

Bis heute aktueller Film über den Terror der algerischen Unabhängigkeitsbewegung und den Gegenterror der französischen Herrschaft. Der Eintritt ist frei.

Hörsaal 17, Uni-Hauptgebäude

12 Termine

Donnerstag, 17.11.

09:00 Uhr: Demontration - Bildungsstreik

Die Uni Bonn sei wieder stark gefragt, heißt es in ihrer Pressemitteilung vom 12. Oktober. Rektor Fohrmann freut sich über "die stark gewachsene Zahl der Studierenden"[1], wir sind wieder mehr als 28.000, davon 7.300 Erstsemester; über 30% mehr als im letzten Jahr. Alle deutschen Universitäten verzeichnen in diesem Jahr einen erhöhten Zulauf, noch nie gab es so viele Erstis. [2] Unter anderem liegt dies an der Abschaffung der Wehrpflicht und doppelten Abiturjahrgängen in verschiedenen Bundesländern (G8). Doch ist das tatsächlich nur ein Grund zur Freude?

16:00 Uhr: Infoveranstaltung Studium in der Türkei

Studierende, die einen Aufenthalt an einer Universität in der Türkei planen, sind herzlich eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Neben Einblicken in Studiensysteme und -bedingungen vermitteln wir Informationen über besondere Fördermöglichkeiten. Auch rückkehrende Studierende werden von ihren Erfahrungen berichten. Veranstalter: International Office

International Office, Poppelsdorfer Allee 53

18:00 Uhr: Forum Beruf Philosophie

Wohin nach dem Studium der Philosophie? Studenten fragen – Alumni antworten! Referenten: Henning Groß, Produktmanager, Deutsche Postbank AG, Dr. Anna Schriefl, Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Philosophie.

Veranstalter: Alumni-Netzwerk und der Fachbereich Philosophie Großen Übungsraum des Instituts für Philosophie (Raum 1.070)

20:00 Uhr: Ein deutscher Terrorist - Die Geschichte des Hans-Joachim-Klein

Dokumentarfilm über den ehemaligen Linksterroristen Hans-Joachim-Klein und seinen Ausstieg aus dem internationalen Terrorismus. Der Eintritt ist frei.

Hörsaal 17, Uni-Hauptgebäude

Freitag, 18.11.

20:00 Uhr: Der Rebell - Neonazi, Terrorist, Aussteiger

Dokumentarfilm über den neonazistischen Antiimperialisten Odfried Hepp und seine Geschichte zwischen völkischer Ideologie, Kollaboration mit der Stasi und dem palästinensischen Widerstand. Der Eintritt ist frei.

Hörsaal 17, Uni-Hauptgebäude Freitag, 18.11.

19:00 Uhr: Führung

Frauenmuseum und Kunst-Messe

Im Krausfeld 10

Sonntag, 20.11.

14:00 Uhr: Stadtführung

"Bonnerinnen berühmt und berüchtigt" Geschichten mit Prinzessinen, Mätressen, Heiligen und "gefallenen".

Am Münster

Montag, 21.11.

16:00 Uhr: Infoveranstaltung Praktikum im Ausland

Im Rahmen dieser Veranstaltung informiert das International Office über Praktikumsmöglichkeiten im Ausland, insbesondere auf dem Gebiet der

Entwicklungszusammenarbeit. Spannende interne und außeruniversitäre ReferentInnen stellen Ihnen die jeweiligen Initiativen und Programme sowie Fördermöglichkeiten vor und geben wertvolle organisatorische Tipps.

Hörsaal Akademisches Kunstmuseum

18:00 Uhr: Kapitalismus 4.0 für nachhaltige Entwicklung?

Diskussionsrunde im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Nachhaltige Entwicklung und Risikomanagement in der internationalen Zusammenarbeit". Veranstalter: Universität Bonn, EuroConsult Research & Education

Festsaal, Hauptgebäude

Mittwoch, 23.11.

18:00 Uhr: Uni im Rathaus: Die Welternährungskrisen 2008 und 2011 Ursachen und Handlungsbedarf

Prof. Dr. Dr. h. c. Joachim von Braun wird Fragen nach den Ursachen der Welternährungskrisen beantworten und Problemlösungen an Beispielen aus Afrika und Asien vorstellen.

Gobelinsaal, Altes Rathaus

Freitag, 25.11.

20:00 Uhr: Yol - der Weg,

Preisgekrönter, unter den Bedingungen einer Militärdiktatur subversiv produzierter kurdischer Film, der das Unglück des religiös-traditionalistischen Landlebens thematisiert. Mit einem Einleitungsreferat von Justus Wertmüller.

Hörsaal 17, Uni-Hauptgebäude

Samstag, 26.11.

12-20 Uhr: Vom Revolutionär zum Wutbürger

Tagesseminar für eine historisch fundierte Kritik der politischen Gewalt. Der Eintritt ist frei, Anmeldung und Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Ulrich-Haberland-Saal (Auf dem Hügel, Bonn-Endenich)

